

Berliner Perspektiven des 31. Evangelischen Kirchbautages 2025

Neue Perspektiven für alte Räume: Teilhabe als Schlüssel

1. Kirchenräume markieren architektonische Zentren. In Anbetracht des Wegfalls öffentlicher Räume in Stadt und Land besitzen sie wertvolles Potenzial für die Stärkung der Gesellschaft.

Trotz der abnehmenden Stärke der Kirchengemeinden behalten die Kirchengebäude auch weiterhin eine exponierte Stellung in den Kommunen. Daraus ergibt sich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe des Erhalts, die zugleich eine Chance birgt: Die erweiterte Nutzung jenseits der sakralen Funktion kann neue Räume («Vierte Orte») erschließen, die zu Begegnung und Erfahrung einladen, ohne moralische Autorität zu behaupten.

2. Kirchenräume speichern Glauben und Wissen. In teilhabeorientierten Prozessen können sie neu und anders erzählt werden.

Die Gliederung und Ausstattung des Raumes erzählt viel über das Selbstverständnis der Menschen in ihrer Zeit, über gesellschaftliche Verhältnisse und kulturelle Bedürfnisse. Diese narrative Qualität muss gestärkt werden, indem Informationen lesbar, Überformungen kenntlich und Geschichten erlebbar werden. Im Prozess der Teilhabe erfährt der Raum eine neue Achtung, wird identitätsstiftend und lädt zur Übernahme eigener Verantwortung ein. Individuelle Beziehungen werden gestärkt oder neu entdeckt. Solche Räume sollen offen für vielfältige Erfahrungen gestaltet werden, ohne einen missionarischen Anspruch einschüchternd aufzudrängen.

3. Kirchenräume brauchen neue Intervalle und Formen der Zugänglichkeit für Gemeinschaft und Vielfalt.

Die Ausdünnung des gottesdienstlichen Kalenders bedingt häufigen Leerstand der Kirchenräume. Für eine feste Verankerung im öffentlichen Bewusstsein braucht es verbindliche und zugleich flexible Intervalle der Öffnung, die in Zusammenarbeit mit anderen Partnerinnen und Partnern organisiert werden und durch zeitgemäß erweiterte Nutzung entstehen. Solche Teilhabe stärkt die pluralistische Gesellschaft und ermöglicht interkulturelle und generationsübergreifende Begegnungen auf Augenhöhe.

4. Kirchenräume bieten Platz für sinnlich-ästhetische Wahrnehmung.

Als umbauter und inszenierter Raum sind Kirchen prädestiniert für gemeinschaftliche Aktivitäten, die der Würde des Ortes Rechnung tragen sollten, ohne von falscher Ehrfurcht geleitet zu werden. Die sinnliche Qualität kann zum Beispiel durch künstlerische Interventionen erlebbar werden. Darüber hinaus sind andere, nicht alltägliche Konstellationen der Begegnung möglich, können Angebote erweitert und neue Zugänge geschaffen werden.

5. Kirchenräume sind als kulturelles Erbe eine Herausforderung für gesellschaftliches Selbstverständnis.

Der Erhalt und die Entwicklung der Kirchenräume kann zum Modellfall für eine pluralistische Gesellschaft werden, die sich in Offenheit und Toleranz begegnet, ohne ihre Werte und Traditionen aufzugeben. Dafür muss die Möglichkeit demokratischer Teilhabe gegeben sein, die überkommene Machtstrukturen in Frage stellt und zu neuen Partnerschaften und Verantwortungen führt. Damit gewinnt der sakrale Innenraum neue Strahlkraft nach außen. Der bislang negativ besetzte Begriff der »Kirchturmpolitik« verkehrt sich in das Gegenteil und lädt zu weitsichtiger Orientierung ein.

6. Kirchenräume können zur Teilhabe und zur Transformation einladen.

Dafür sind professionelle Moderation und Begleitung nötig.

Die Öffnung von Kirchenräumen für neue Teilhabe und Nutzung ist ein anspruchsvoller Prozess, in dem die Eigentümer:innen und ihre potenziellen Partner:innen Erwartungen und Möglichkeiten miteinander aushandeln müssen. Um diesen Diskurs zu nachhaltigen Ergebnissen zu führen, sind professionelle Begleitung und eine allgemein verfügbare, zentrale Dokumentation der bereits gewonnenen Erfahrungen wichtig. Dafür ist eine gemeinsame Bündelung der Kompetenzen im Kulturbüro und einem Träger aus Staat und Gesellschaft wichtig, die dort verfügbar und abrufbar ist.

Neue Perspektiven für Nutzungspartnerschaften

1. Der Erhalt der kirchlichen Bausubstanz ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt. Er braucht neben der kirchlichen Nutzung eine sinnstiftende Begründung über den reinen Denkmal-Wert hinaus.

Neue Nutzungspartnerschaften können zur Entlastung der Kirchengemeinden oder der Landeskirchen als Eigentümerinnen beitragen. Darüber hinaus stärken sie das öffentliche Bewusstsein für den Freiraum in sporadisch genutzten Gebäuden. Das Spektrum der Nutzungen ist vielfältig. Es kann sowohl soziale und kommunale als auch künstlerische und touristische Angebote umfassen.

2. Bei der Suche nach geeigneten Konzepten und Partnern sollen die Gemeinden als Eigentümerinnen selbst aktiv werden statt auf Anfragen zu warten.

Ein offen kommuniziertes Angebot und die vorausschauende Verbesserung der nötigen Infrastruktur wie Sanitärräume und Barrierefreiheit stimulieren die Nachfrage. Eine genaue Ermittlung der Bedürfnisse vor Ort kann direkt zu Interessentinnen und Interessenten und damit zu potenziellen Nutzungspartner:innen führen. Die Konzepte sollten von Kirchengemeinden, Kommunen und potenziellen Akteurinnen und Akteuren kooperativ entwickelt werden und die Bedarfe alter und neuer Nutzung harmonisieren. Dabei kann die Analyse des unmittelbaren Gebäudeumfelds die Planungen beeinflussen. Pauschale Modelle sind nicht zielführend, die Situation vor Ort ist entscheidend. Die Bedarfe lokal ansässiger Bewohner:innen müssen sondiert und reflektiert werden, welchen Identifikationswert die Kirchenräume stiften und wie diese konzeptionell verankert werden können.

3. Die Bildung von tragfähigen Partnerschaften ist ein Prozess, der Zeit braucht. Ein Verkauf einer Immobilie ist die letzte Option.

Den Gemeinden muss Zeit für den nötigen Überblick und mögliche Perspektiven eingeräumt werden. Rechtliche Fragen sind zu klären, Fördermöglichkeiten zu recherchieren und bauliche sowie denkmalpflegerische Aspekte zu berücksichtigen. Mögliche Erlöse aus den Partnerschaften müssen den Kirchengemeinden selbst zustehen. Die Komplexität der Aufgaben überfordert Gemeinden vor Ort häufig. Hier soll eine professionalisierte und institutionalisierte Beratung angeboten werden. Die professionelle Begleitung des Prozesses kann auch konzeptionelle Fragen berühren – etwa die Unterschiede zwischen einer Mit- oder einer Nachnutzung, die die Perspektiven der Gemeinden wesentlich verändern können. Sollen Gebäude auf Dauer in andere (Teil-)Funktionen überführt oder nur zeitweise konserviert werden? Wie regelmäßig und häufig und in welchem Rahmen soll das Gebäude der Gemeinde künftig für eigene Zwecke zur Verfügung stehen.

4. Die Bereitschaft zum Teilen kann vielerorts den letzten öffentlichen Raum für neue Nutzung zugänglich machen und den Ortsmittelpunkt als Ort der Begegnung neu beleben.

Im Teilen gewinnt der Kirchenraum eine neue Relevanz, erfährt damit aber auch eine Um- und Mehrfachdeutung. Deshalb ist für eine gelingende Nutzungspartnerschaft eine offene und ehrliche Kommunikation zwischen allen Beteiligten unerlässlich, die im Zweifelsfall auch Verlustängste aufzeigt und neben allen Möglichkeiten auch deren Grenzen benennt. Im Miteinander der Nutzung ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe Grundvoraussetzung. Eine bevorzugte Bindung an Gruppen und Institutionen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind, stiftet eine ethische Basis und ist auch bei der gemeinsamen Akquise von Fördermitteln hilfreich.

5. Nutzungspartner:innen (Mieter:innen) sind nicht zwangsläufig rechtlich Betreibende. Die Zusammenarbeit braucht klare Kommunikation und Verabredungen.

Für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist die Unterscheidung zwischen Partner:innen und Mieter:innen ebenso wichtig wie für rechtliche oder finanzielle Fragen. Auch die Mieter:innen sollten als Ansprechpartner:innen und Antragsteller:innen auftreten können und darum in einer geeigneten Rechtsform mit den Partner:innen organisiert sein – als Genossenschaft, Verein, GbR oder ähnliches. Bei der Entwicklung solcher Strukturen ist eine professionelle Moderation hilfreich.

Neue Perspektiven auf Bedarfe und Realitäten

1. Ehrlichkeit und Klarheit sind nötig, um sinnvoll über die Zukunft von Kirchbauten zu entscheiden.

Etliche kirchliche Gebäude sind in Not. Oft ist unklar, welche weiter kirchlich finanziert, genutzt und instandgehalten werden. Evangelische und katholische Kirchenleitungen müssen die Krise offen benennen, Planungen miteinander abstimmen und die Kirchengemeinden unterstützen. Die Entscheidung hängt nicht allein, aber stark von Zahlen und der tatsächlichen sowie perspektivischen Nutzung ab.

2. Umnutzungen, Abgaben und Rückbau sind Teil der Veränderung.

Nachvollziehbare Kriterien und eine Debatte sind nötig, um zu entscheiden, welche Bauten in kirchlicher Verantwortung bleiben, welche in neue Trägerschaft überführt, stillgelegt oder zurückgebaut werden. Wichtig ist eine neue Verständigung mit dem Denkmalschutz, die Priorisierungen und flexiblere Lösungen/Nutzungen ermöglicht.

3. Der Gebäudebestand ist nicht allein von den Zahlen der Kirchenmitgliedschaft abhängig.

Sakralbauten und Gemeindehäuser sind mehr als Versammlungsorte einer Kirchengemeinde. Sie sind öffentliche Räume, deren Mehrwert nicht leicht zu beziffern ist. Eine erweiterte Nutzung lässt sich nicht per se kostendeckend gestalten. Als Orte von gesellschaftlichem Interesse sind Sakralbauten auch ein Thema für die Politik.

4. Das klassische Modell der Kirchengemeinde (Parochie) muss geöffnet werden.

Statt Verengung und Reduktion sind Öffnung und Beteiligung gefragt. Deshalb müssen neue Formen kirchlicher Orte (weiter)entwickelt werden, die auch weiterhin geistliches Leben ermöglichen. Kirchen, Gemeindehäuser, aber auch Klöster und Andachtsräume brauchen neue Verantwortungsgemeinschaften in und mit ihren Kommunen.

5. Offene Kommunikation ist wegweisend – intern und mit externen Partnern.

Informationen und Prozesse müssen für interne und externe Interessenträger transparent und verständlich sein. Beratungen mit Kommunen und Partnern vor Ort sollten frühzeitig beginnen. Kirchenleitungen, Kirchengemeinden und Diakonie/Caritas müssen besser miteinander kommunizieren und mehr zusammenarbeiten.

6. Gebäudeplanung braucht eine gemeinwesenorientierte Organisationsentwicklung.

Die aktuelle Gebäudekrise ist nicht nur ein Immobilienproblem. Gebäudeprozesse brauchen multiprofessionelle Teams, die die Kirchengemeinden bei Entscheidungen unterstützen und für die vielfältigen Aspekte sensibilisieren. Eine neue Denkrichtung ist wichtig: Nicht vom Gebäude, sondern von den Bedürfnissen vor Ort aus. Nicht nur langfristige Lösungen sind gefragt, sondern auch Experimente auf Sicht.

7. Die Abgabe einer Kirche muss auch vom Ende her gedacht werden.

Wer eine Kirche aufgibt, gibt Verfügung und Verantwortung ab. Gleichwohl kann das Gebäude in der Öffentlichkeit weiter eine symbolische Präsenz behalten und »Kirche« verkörpern. Dies muss bei jeder Abgabe vorab verantwortlich bedacht werden.

8. Die sozialen Formen des Christentums und seine Gebäude müssen und können sich ändern.

Der christliche Glaube ist mehr als seine Architekturen, Immobilien und Strukturen. Jedes kirchliche Gebäude ist mit Glaubenserfahrungen, Gemeinschaftserlebnissen und kreativen Leistungen verbunden. Abschiede sollen seelsorglich begleitet und liturgisch begangen werden. Mut ist notwendig, um Prozesse mit offenem Ausgang zu beginnen.